

Materialien

**für die 4. Tagung
des 3. Stadtparteitages**

**am 19. Oktober 2013
Veranstaltungssaal LVB,
Angerbrücke, Jahnallee 56**

DIE LINKE.

Tagesordnung für die 4. Tagung des 3. Stadtparteitages

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung der 4. Tagung des 3. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan)
3. Referat des Vorsitzenden
4. Vorstellung des ersten Entwurfs des Kommunalwahlprogrammes 2014
5. Diskussion
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
7. Plan der Einnahmen und Ausgaben 2014
8. Anträge
9. Schlusswort

Zeitplan für die 4. Tagung des 3. Stadtparteitages

9:30 Uhr	Eröffnung und Begrüßung
9:45 Uhr	Konstituierung der 4.Tagung des 3. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan)
10:00 Uhr	Referat des Vorsitzenden
10:30 Uhr	Vorstellung des ersten Entwurfs des Kommunalwahlprogrammes 2014
10:50 Uhr	Diskussion
12:20 Uhr	Mittagspause
13:00 Uhr	Fortführung der Diskussion
14:30 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
14:40 Uhr	Plan der Einnahmen und Ausgaben 2014
15:00 Uhr	Anträge
15:45 Uhr	Schlusswort

Geschäftsordnung 3. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig

1. Der Stadtparteitag wird durch die Tagungsleitung geleitet. Diese wird in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gewählt. Die Tagungsleitung besteht aus sechs Delegierten.
2. Die Mandatsprüfungs-, Redaktions- und Wahlkommission werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gewählt.
3. Die Mandatsprüfungskommission entscheidet über die Rechtmäßigkeit von Delegierungen. Organisationen der Basis und Zusammenschlüssen, die den Frauenanteil (entsprechend der Mindestquotierung von 50 %) nicht eingehalten haben, bleiben die den Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt. Organisationen der Basis, deren Frauenanteil bei weniger als 25 Prozent liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen.
4. Die Mandatsprüfungskommission stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie ist gegeben, wenn entsprechend ihres Berichtes mindestens 50 % der Delegierten Frauen und mehr als 50 % der Delegierten anwesend sind. Für die Feststellung der Anwesenheit sind die Anmelde Listen der Mandatsprüfungskommission relevant.
5. Die Wahlkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, einer/einem Stellvertreter/in sowie mindestens fünf weiteren Mitgliedern. Zur ordnungsgemäßen Wahldurchführung kann sie Helfer/innen, die selbst nicht zur Wahl stehen, heranziehen. Über den Abschluss von Kandidatenlisten entscheidet nach Antrag der Tagungsleitung die Versammlung mit einfacher Mehrheit.
6. Die Antragskommission ist für die redaktionelle Überarbeitung von Anträgen zuständig und schlägt dem Stadtparteitag Verfahrensweisen zum Umgang mit Anträgen vor.
7. Der Ablauf des Stadtparteitages wird nach der beschlossenen Tagesordnung und dem Zeitplan geregelt. Eine Veränderung der Tagesordnung und des Zeitplanes während des Stadtparteitages bedarf der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Delegierten. Antrag auf „Abschluss der Debatte“ können nur Delegierte stellen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor dieser Abstimmung wird die Rednerliste verlesen.
8. Beschluss- und Rederecht haben die gewählten Delegierten. Mitglieder der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, im Sächsischen Landtag sowie der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat, Mitglieder des Bundes-, Landes- und Stadtvorstandes Leipzig DER LINKEN. haben Rederecht. Von dem Stadtparteitag in Gremien oder als Delegierte zu Landes- und Bundesparteitagen gewählte Mitglieder sind TeilnehmerInnen mit beratender Stimme, sofern sie nicht Delegierte sind.
9. Wortmeldungen sind schriftlich bei der Tagungsleitung einzureichen. Die Tagungsleitung erteilt das Wort unter Berücksichtigung der Quotierung in der Reihenfolge der Wortmeldungen und kann auch Gästen das Wort erteilen. Die Redezeit für jeden Diskussionsbeitrag beträgt fünf Minuten. Wird eine Verlängerung der Redezeit gewünscht, entscheidet darüber der Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Niemand kann innerhalb einer Debatte mehr als zweimal das Wort erhalten.
10. Dringlichkeits- oder Initiativanträge können unmittelbar zum Stadtparteitag eingebracht werden. Sie bedürfen der schriftlichen Unterstützung von 15 Delegierten mit beschließender Stimme. Zur Begründung des Antrages erhält der/die Antragsteller/in das Wort. Die Redezeit

40 beträgt drei Minuten. Vor der Abstimmung über einen Antrag kann ein/e Redner/in dagegen und
41 eine/r dafür sprechen. Die Redezeit beträgt zwei Minuten. Über den Antrag entscheidet der
42 Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Delegierte können nach einer Abstimmung persönliche
43 Erklärungen abgeben. Die Redezeit dafür beträgt eine Minute. Bei Anträgen auf eine begrenzte
44 Debatte sind Inhalt und Zeitdauer vorzuschlagen.

45 11. Anträge zur Geschäftsordnung können nur durch Delegierte mündlich gestellt werden. Das Wort
46 zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner erteilt. Vor der
47 Abstimmung erfolgen eine Für- und eine Gegenrede. Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag ist erst
48 nach Abschluss der Behandlung des ursprünglichen Geschäftsordnungsantrages zulässig.

49 12. Beschlüsse werden, sofern nichts anderes vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der
50 anwesenden Delegierten gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die
51 Abstimmung erfolgt durch Heben der Delegiertenkarte.

1 **Wahlordnung 3. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig**

- 2 1. In geheimer Wahl werden gewählt:
- 3 • die/der Vorsitzende des Stadtverbandes
- 4 • die zwei Stellvertreter/innen der/des Vorsitzenden
- 5 • der/die Schatzmeister/in
- 6 • die weiteren Mitglieder des Stadtvorstandes
- 7 • die Mitglieder der Finanzrevisionskommission • die Mitglieder der Schlichtungskommission
- 8 • die Delegierten zum Landes- und Bundesparteitag • die Vertreter/innen für den Landesrat
- 9 2. Wahlberechtigt sind die Delegierten zum 3. Stadtparteitag der Partei DIE LINKE. Leipzig.
- 10 3. Die Aufstellung der Kandidierendenliste wird von der Tagungsleitung geleitet. Jede/r Delegierte hat das
- 11 Recht, Vorschläge zu unterbreiten oder sich selbst als KandidatIn vorzuschlagen.
- 12 4. Zur Wahl können auch Gäste vorgeschlagen werden, wenn sie Mitglied der Partei DIE LINKE. sind und dem
- 13 Stadtverband Leipzig angehören.
- 14 5. Wenn Mitglieder der Wahlkommission selbst zur Wahl stehen, scheiden sie aus der Wahlkommission aus.
- 15 Für ausgeschiedene Mitglieder ist für den Fall des Unterschreitens einer Mindestzahl von sieben Mitgliedern
- 16 der Wahlkommission umgehend durch den Stadtparteitag nachzuwählen.
- 17 6. Jede/r Delegierte hat das Recht, Fragen an die KandidatInnen zu stellen, die KandidatInnenvorschläge zu
- 18 unterstützen und Einwände zu erheben.
- 19 7. Bei begründeter Abwesenheit von KandidatInnen können Fragen zur Person durch eine Person des
- 20 Vertrauens beantwortet werden.
- 21 8. Zur Realisierung der Geschlechterquotierung ist zunächst ein erster Wahlgang für ausschließlich
- 22 Kandidatinnen durchzuführen. In einem zweiten allgemeinen Wahlgang mit weiblichen und männlichen
- 23 Kandidierende werden dann die restlichen Mandate vergeben. Als gewählt gelten die Kandidaten mit den
- 24 meisten Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist dann eine Stichwahl notwendig, wenn es um den jeweils letzten
- 25 zu vergebenden Platz geht. Für die Wahl zum Stadtvorstand gilt eine Jugendquote, welche zwei Mitglieder
- 26 umfasst. Für die Delegiertenwahlen für Landes- und Bundesparteitag gilt eine Jugendquote von 20 %.
- 27 Jugendliche in diesem Sinne sind Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Innerhalb
- 28 dieser Jugendquote muss die Geschlechterquotierung eingehalten werden.
- 29 9. Die Delegierten verfügen bei jeder Wahl über so viele Stimmen, wie zu vergebende Plätze vorhanden sind.
- 30 Es müssen nicht alle Stimmen ausgeschöpft werden.
- 31 10. Bei der Wahl der/des Vorsitzenden gilt die/derjenige als gewählt, die/der mehr als 50 Prozent der
- 32 Stimmen der anwesenden Delegierten erhält. Sollte im ersten Wahlgang keine/r die absolute Mehrheit
- 33 erhalten, gehen die beiden bestplatzierten Kandidat/innen in einen zweiten Wahlgang mit Stichwahl
- 34 Charakter, bei dem der/die Kandidat/in mit den meisten Stimmen gewählt ist. Bei Stimmengleichheit finden
- 35 weitere Wahlgänge statt. Die Wahl der Stellvertreter/innen und des/der Schatzmeister/in erfolgt nach dem
- 36 gleichen Verfahren.
- 37 11. Die Wahl wird durch die vom Stadtparteitag gewählte Wahlkommission geleitet. Über jede durchgeführte
- 38 Wahl ist ein schriftliches Protokoll anzufertigen, das vom Wahlleiter/Wahlleiterin und zwei Mitgliedern der
- 39 Wahlkommission und einem Vertreter der Versammlungsleitung zu unterzeichnen und in geeigneter Form zu
- 40 veröffentlichen ist.

Leipzig, Ende September 2013

In dieser Stadt wollen wir leben

**LINKE Blicke auf die Zukunft Leipzigs
(Entwurf)**

Aufbruch aus eigener Kraft Leipzig 2020 sozial gestalten

**Programm der Partei DIE LINKE. Leipzig für die
Kommunalwahl am 25. Mai 2014 (Entwurf)**

DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

In dieser Stadt wollen wir leben

LINKE Blicke auf die Zukunft Leipzigs

(Entwurf)¹

Wer aktiv Einfluss auf die Entwicklung unserer Stadt nehmen will, darf nicht nur in Jahreszyklen oder Wahlperioden denken, sondern sollte weiter gesteckte Ziele haben, selbst wenn sie aus heutiger Sicht sehr ehrgeizig erscheinen. Wer aber über Visionen verfügt, kann leichter die Mühen des Alltages bewältigen und ist gegenüber neuen Ideen und Herausforderungen aufgeschlossener.

Deshalb unterbreitet DIE LINKE neben ihrem Kommunalwahlprogramm 2014 zugleich das nächste Diskussionsangebot. Es enthält in Umrissen unsere Vorstellungen, wie das Leben in unserer Stadt in 20 bis 30 Jahren aussehen sollte. Dabei ist uns sehr wohl bewusst, dass zur Erreichung dieser Fernziele viele Schritte nötig sind, von denen einige aber schon in den Jahren von 2014 bis 2019 gangbar sind.

Was sind unsere wichtigsten Vorstellungen für die Zukunft unserer Stadt?

- Bund, Land und Kommunen einigen sich nach Jahrzehnten über eine umfassende Finanzreform. Damit endet Leipzigs finanzielle Abhängigkeit von Zuweisungen. Unsere Heimatstadt kann aus eigenen Steuereinnahmen vollständig die Ausgaben u.a. in Schulen, Kitas, Verkehrswege, Kultur bezahlen und baut den Schuldenberg endgültig ab. Die kommunale Selbstverwaltung ist damit erstmals vollständig hergestellt.
- Leipzig ist eine wirtschaftlich prosperierende Stadt mit einer intakten und verlässlichen Infrastruktur. Hier entstehen immer mehr innovative Technologie-unternehmen, die nachhaltig forschen und entwickeln. Leipzig ist nicht mehr die verlängerte Werkbank auswärtiger Großkonzerne, sondern zunehmend Zentrum lokal ansässiger Firmen mit produktiver Wertschöpfung. Die Logistikbranche setzt in erster Linie auf die Schiene; der Verkehr auf der Straße und in der Luft nimmt spürbar ab.
- Wasser, Strom und Gas gibt es zu fairen bürgerfreundlichen Preisen. Über die Privatisierung von Unternehmen der Daseinsvorsorge redet niemand mehr. In Kooperation mit den öffentlichen Unternehmen gibt es eine Vielzahl von dezentralen Energieprojekten in Bürgerhand. Spekulationen mit der Daseinsvorsorge gehören der Vergangenheit an.
- Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armutslöhne gehören der Vergangenheit an. Ein stabiler öffentlicher Beschäftigungssektor integriert all jene, die aus unterschiedlichen Gründen dem ersten Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die Beschäftigten dieses Sektors üben ihre Tätigkeit im Interesse aller aus und erhalten dafür Existenz sichernde Löhne auf tarifvertraglicher Basis.
- Nahezu alle Jugendlichen verlassen die Schule mit einem Abschluss, der sie befähigt einen qualifizierten Ausbildungsplatz ihrer Wahl anzunehmen. Doch auch wer es nicht geschafft haben sollte, erhält die Chance, notwendige Kenntnisse und Fähigkeiten zu entwickeln. Die

¹ Der Entwurf dieses Zukunftspapiers wurde von einer vom Stadtvorstand berufenen Redaktionsgruppe erarbeitet, der folgende Mitglieder angehören: Dr. Skadi Jennicke, Bernhard Krabiell, Dr. Christina Mertha, Dr. Dietmar Pellmann (Leiter), Franziska Riekewald und Steffen Wehmann. An der Redaktionsarbeit wirkte darüber hinaus Dr. Volker Külow als Vorsitzender des Stadtverbandes mit.

- 38 Kooperation von Schulen, Unternehmen und öffentlicher Hand trägt besonders hier nachhal-
39 tig Früchte.
- 40 • Leipzig hat den Investitionsstau von 1,2 Mrd. Euro vollständig beseitigt und investiert in aus-
41 reichendem Maße in die Sanierung von Straßen, Wegen und Brücken sowie in soziale und
42 kulturelle Infrastruktur.
- 43 • Alle haben gleichen Zugang zu Bildung, Kultur und Sport. Unsere Stadt hat bittere Armut aus
44 ihren Mauern verbannt. Der fahrscheinlose ÖPNV sichert Mobilität für alle. Abschaltung von
45 Heizung und Strom in Privathaushalten sind ebenso Geschichte wie Sozialbegräbnisse.
- 46 • Jedes Kind hat unabhängig von Einkommen und Status der Eltern die gleichen Chancen auf
47 gute Bildung. Das antiquierte sächsische Schulsystem ist überwunden. Es gibt Campus-
48 Anlagen, auf denen jeweils Kindertagesstätten, Familien- und Seniorenzentren mit Schulein-
49 richtungen zusammenwirken. Angeschlossen sind die soziokulturellen Zentren und freien
50 Träger, die in die Entwicklung einer echten Ganztagschule einbezogen werden.
- 51 • Die steigende Lebenserwartung ist ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn und keine Bürde. In
52 Leipzig haben ältere Menschen mit ihren reichen Lebenserfahrungen etwas zu sagen. Die
53 städtische Infrastruktur hat sich auf das gedeihliche Miteinander aller Generationen einge-
54 richtet.
- 55 • Das Stadtoberhaupt Leipzigs ist eine Frau; mindestens die Hälfte aller Führungspositionen
56 ist von Frauen besetzt. Bereits in frühem Alter lernen Kinder die gelebte Gleichberechtigung
57 von Frauen und Männern sowie von unterschiedlichen Lebensformen kennen.
- 58 • In Leipzig wird Inklusion gelebt. Es gibt nur noch wenige Förderschulen. Die Mehrheit der
59 Schülerinnen und Schüler wird in Regelschulen unterrichtet und adäquat gefördert. Bauli-
60 che, geistige und kulturelle Barrieren sind überwunden.
- 61 • Eine gute gesundheitliche Betreuung aller ist - unabhängig von Alter, Einkommen und Status
62 - durch ein stabiles Netz von Krankenhäusern sowie ambulant tätigen Haus- und Fachärzten
63 gesichert. Die große Mehrheit älterer und pflegebedürftiger Menschen wird in ihrem vertrau-
64 ten Wohnumfeld und nur im Ausnahmefall in stationären Pflegeeinrichtungen betreut. Ins-
65 besondere in Schulen ist Prävention von Sucht- und Rauschmitteln in allen Altersstufen in
66 die Bildungsarbeit integriert. Entzugswillige werden umgehend in wirksame Programme der
67 Suchthilfe integriert.
- 68 • Leipzig ist eine attraktive und saubere Stadt, in der sich alle Bürgerinnen und Bürger sicher
69 fühlen können. Sozialer Städtebau ermöglicht nachbarschaftliches Miteinander in allen
70 Stadtteilen, Prävention in Kooperation von städtischen Einrichtungen und Polizei bezieht alle
71 Altersgruppen ein.
- 72 • Jeder Stadtteil hat seine Vorzüge und seine eigene Identität. Keiner ist jedoch durch Armut
73 oder die Bevölkerungszusammensetzung stigmatisiert. Investitionen in die Infrastruktur rich-
74 ten sich in erster Linie nach dem Bedarf vor Ort.
- 75 • In jedem Stadtteil gibt es ausreichend preiswerten Wohnraum. Zwangsumzüge sind Vergan-
76 genheit. Neue Wohnformen, wie Genossenschaften, Bürgergemeinschaften oder Mehrgene-
77 rationenhäuser sind Alltag.

- 78 • Leipzig ist mehr denn je eine grüne Stadt, in der ökologische Standards im Zusammenhang
79 mit sozialen Belangen Normalität sind. Leipzig ist nach wie vor die Hauptstadt der Kleingär-
80 ten, die neben Parks und Grünzonen beliebte Naherholungsoasen sind. Der Lindenauer Ha-
81 fen und die reiche Seenlandschaft im Umland künden von Leipzig als beliebter Wasserstadt.
- 82 • Alle fahren fahrscheinlos mit Bus und Bahn. Fahrradfahren ist ein Vergnügen, weil es ein in-
83 taktes und flächendeckendes Wegenetz gibt. Weniger Autos sind auf den intakten Straßen
84 unterwegs.
- 85 • Bürgerschaftliches Engagement ist allseits Bedürfnis. Insbesondere im Miteinander der Ge-
86 nerationen entstehen innovative und nachhaltige Ideen für wohnortbezogene, soziale und
87 kulturelle Projekte. Die vielfältigen Leistungen von Vereinen sind als öffentliche Aufgabenträger
88 anerkannt und finanziell gesichert. Politikverdrossenheit ist kaum noch spürbar.
- 89 • Unsere Stadt ist nazifrei. Das ist Ergebnis eines jahrelangen Ringens der aufgeklärten Bür-
90 gerschaft. Diffamierung und Ausgrenzung, Rassismus und Homophobie, sind geächtet und
91 stoßen auf den entschiedenen Widerstand der Stadtgesellschaft.
- 92 • Die Muko lebt. Das Naturkundemuseum verzeichnet Besucherrekorde. Oper, Gewandhaus,
93 Schauspiel und Theater der Jungen Welt werden vom Publikum erobert. Die Freie Szene ko-
94 operiert in ihrer ganzen Vielfalt lokal, regional und international.
- 95 • Jedes Kind treibt Sport im Verein. Leipzig ist wieder die national und international anerkannte
96 Sportstadt, auch weil es über intakte und moderne Sportanlagen verfügt und sein Sport-
97 museum viele aus nah und fern anzieht.
- 98 • Nach Leipzig wollen alle, wegen der großartigen Universität und renommierten Hochschu-
99 len, den preiswerten Mieten und dem einzigartigen kulturellen Flair. Wer hier studiert bleibt.

Aufbruch aus eigener Kraft

Leipzig 2020 sozial gestalten

Programm der Partei DIE LINKE. Leipzig für die Kommunalwahl am 25. Mai 2014 (Entwurf)¹

Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,

am 25. Mai 2014 finden die Wahlen zum Leipziger Stadtrat und zu den Ortschaftsräten statt. Sie haben damit erneut die Chance, darüber zu entscheiden, wie sich unsere Stadt in den nächsten Jahren entwickelt. DIE LINKE versteht sich als alternative Gestaltungspartei. Davon zeugt das vorliegende Wahlprogramm als Angebot an Sie zur kritischen Prüfung und Mitwirkung. Unsere Vorstellungen für eine soziale und solidarische Stadt im 21. Jahrhundert sind ein realistisches und finanzierbares Konzept für die Zukunft Leipzigs. Auf der Basis linker Werte wie soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmtheit und solidarisches Miteinander wenden wir uns an Sie mit der Bitte, sich bei der Wahl für uns zu entscheiden.

Eine Stimme für DIE LINKE lohnt sich immer. Unsere Bilanz der letzten Wahlperiode kann sich sehen lassen: mit zahlreichen Initiativen hat sich unsere Stadtratsfraktion in den vergangenen fünf Jahren für eine demokratische, soziale, kulturelle und nachhaltige Entwicklung Leipzigs stark gemacht. Viele Vorhaben konnten im Zusammenwirken mit unseren beiden Bürgermeistern umgesetzt werden. Wir haben uns eingesetzt für die Stärkung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, für den Bau der Dreifelderhalle an der Radrennbahn, den Erhalt der Musikalischen Komödie und für eine Perspektive des Naturkundemuseums sowie den Ausbau des Publikumsmagneten Zoo. Wir haben einen intensiven Kampf gegen Kinderarmut geführt und für mehr Bürgerbeteiligung gestritten. Für einige wichtige Anliegen erhielten wir allerdings keine Mehrheit im Stadtrat, z. B. für den von uns vehement geforderten Bürgerentscheid zum Einheits- und Freiheitsdenkmal, die Abwendung der Tarifierhöhungen im öffentlichen Nahverkehr oder die Ablehnung des Verkaufs von Wohnungsbeständen der LWB.

In den nächsten Jahren bleibt somit für eine starke LINKE viel zu tun, denn die oft geäußerte Feststellung, Leipzig sei eine wachsende Stadt, ist noch lange kein politisches Konzept. Für den demografischen Wandel, einschließlich des erfreulichen Geburtenanstiegs, muss die notwendige Infrastruktur geschaffen werden. Darüber hinaus gilt nach wie vor ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner Leipzigs als arm. Das bedeutet eine nicht hinzunehmende soziale Spaltung unserer Stadtgesellschaft. Das ist der zentrale politische Ansatzpunkt der LINKEN. Im gleichen Atemzug setzen wir uns dafür ein, dass die Belange unserer Stadt nicht mehr - wie leider so oft in den letzten Jahren - von oben herab entschieden werden, sondern die berechtigten Einwände von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern spürbar mehr Gehör finden.

Dieses Wahlprogramm versteht sich nicht nur als Wahl-, sondern auch als Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen Stadtrat. Die bevorstehende fünfjährige Wahlperiode wird von gewichtigen Herausforderungen markiert. Bis zum Jahr 2019 werden die Mittel aus dem Solidarpakt II wegfallen. DIE LINKE setzt sich auf Bundes- und Landesebene für einen Solidarpakt III ein, denn

¹ Der Entwurf des Kommunalwahlprogramms wurde von einer vom Stadtvorstand berufenen Redaktionsgruppe erarbeitet, der folgende Mitglieder angehören: Dr. Skadi Jennicke, Bernhard Krabiell, Dr. Christina Mertha, Dr. Dietmar Pellmann (Leiter), Franziska Riekewald und Steffen Wehmann. An der Redaktionsarbeit wirkte darüber hinaus Dr. Volker Külöw als Vorsitzender des Stadtverbandes mit.

39 Leipzig wird auch in absehbarer Zeit seine Ausgaben nicht aus eigener Kraft bestreiten können.
40 Lediglich ein Drittel des städtischen Haushaltes ist derzeit durch eigene Einnahmen aus Steuern
41 und Abgaben gedeckt. Bundes- und Landespolitik vernachlässigen bewusst eine solide und den
42 gewachsenen Aufgaben angemessene Ausstattung der Kommunen. Insbesondere die sächsische
43 Staatsregierung schränkt mit ihrer knebelnden Haushaltspolitik die kommunale Selbstverwaltung
44 eklatant ein und benachteiligt Leipzig bei der Vergabe von Fördermitteln seit Jahren in drastischer
45 Weise. Dringender denn je ist deshalb eine grundlegende Neuordnung der Finanzbeziehungen zwi-
46 schen Bund, Ländern und Kommunen.

47 Leipzig steht in der Wahlperiode 2014 bis 2019 somit vor zahlreichen Herausforderungen. Die
48 Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts machen vor unserer Stadt nicht halt: wie schonen wir Res-
49ourcen und gewährleisten dennoch Innovation? Wie organisieren wir zukünftig Mobilität? Wie kön-
50nen wir den städtischen Haushalt so gestalten, dass zukünftige Generationen nicht über Gebühr
51 belastet werden und wir dennoch in der Gegenwart notwendigen Handlungsspielraum erhalten?
52 Und schließlich: wie gelingt es, unsere Gesellschaft solidarisch zu gestalten? In vier Abschnitten
53 dokumentieren wir unsere Lösungsansätze für die vor uns liegende Wahlperiode: 1. Wirtschaft und
54 Arbeit; 2. Soziale Gerechtigkeit und selbst bestimmtes Leben; 3. Die nachhaltig wachsende Stadt;
55 4. Die bürgerschaftliche Stadt. Mit diesem umfassenden Ansatz unterstreicht DIE LINKE, dass sie
56 sich der Gesamtverantwortung für Leipzig bewusst ist und bei dieser Wahl erneut stellt.

57 **1 Wirtschaft und Arbeit**

58 Entscheidend für die Handlungsfähigkeit einer Kommune ist ihre wirtschaftliche Leistungskraft,
59 verbunden mit attraktiven Arbeitsplätzen. Erst das ermöglicht wirkliche kommunale Selbstverwal-
60tung und sichert den Bürgerinnen und Bürgern Wohlstand auf der Grundlage guter Löhne. Die spezi-
61fische Situation Leipzigs lässt sich seit Jahren so charakterisieren: Kein wirtschaftlicher Aufschwung
62 aus eigener Kraft, zu geringe eigene Einnahmen, hohe Belastung des städtischen Haushaltes in Fol-
63ge der anhaltenden Massenerwerbslosigkeit und steigenden Anzahl prekärer Beschäftigungsver-
64hältnisse. Ein Vergleich mit den fünfzig größten deutschen Städten belegt, welchen gewaltigen
65 Nachholbedarf Leipzig hat. So liegt das Bruttoinlandsprodukt Leipzigs um fast ein Drittel unter dem
66 Durchschnitt; die Einnahmen aus der Einkommenssteuer betragen pro Einwohner gerade einmal die
67 Hälfte, und auch beim verfügbaren Einkommen beträgt der Abstand nach wie vor fast 20 Prozent.
68 Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der Leipzigerinnen und Leipziger sank im vergan-
69genen Jahrzehnt um fast ein Zehntel. Als Gesamtbefund muss daher festgestellt werden: Zu geringe
70 vor Ort erzielte Wertschöpfung führt zu niedriger Kaufkraft und zu niedrigen eigenen Steuereinnah-
71men, weitet andererseits den Sozialhaushalt aus und verschärft die Abhängigkeit von Mittel-
72zuweisungen durch Bund und Land.

73 **1.1 Zukunftsfähiger und nachhaltiger Wirtschaftsstandort**

74 DIE LINKE hat angesichts der wirtschaftlichen Lage unserer Stadt stets Selbstzufriedenheit oder
75 Schönrederei kritisiert. Dringend notwendig ist vielmehr eine fundierte Analyse des Standortprofils,
76 bei der die bisherigen Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken herausgearbeitet werden, um
77 Handlungsfelder für die kommunale Wirtschaftsförderung zu identifizieren, die über die bestehen-
78den Cluster hinaus wirken. In diesem Sinne ist die bisherige Ansiedlungs-, Förder- und Privatisie-
79rungspolitik kritisch zu hinterfragen.

80 Leipzig ist die Lokomotive der Region Mitteldeutschland. Damit das so bleibt, ist Kärnerarbeit in
81 der regionalen Wirtschaft gefragt. Wirtschaftswachstum ist aus LINKER Sicht aber nur zukunftsfä-
82hig, wenn er sozial-ökologisch gestaltet ist und neben den zahlreichen klein- und mittelständischen

83 Unternehmen auch verstärkt alternativen Wirtschaftsformen Chancen bietet, wie etwa Genossen-
84 schaften oder kollektiv organisierten Unternehmen, die zunehmend besonders von jungen Men-
85 schen gegründet werden. Leipzig hat das Potential, sich zu einer Pionierstadt für faires, nachhalti-
86 ges und nicht ausschließlich profitorientiertes Wirtschaften zu entwickeln.

87 Deshalb setzen wir uns ein für

- 88 • eine Auftragsvergabe bei allen öffentlichen Investitionen, bei der die wirkliche Wertschöp-
89 fung in der Region im Mittelpunkt steht,
- 90 • die Stärkung von Wirtschaftsstrukturen im mittelständischen Bereich, im Handwerk und
91 Gewerbe, die Arbeitsplätze vor Ort sichern und hier auch ihre Steuern zahlen,
- 92 • eine Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge, die gewährleistet, dass ausschließ-
93 lich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte unter Einhaltung der geltenden Tarifverträge
94 und der Schwerbehindertenquote sowie der Entlohnung nach dem gesetzlichen Mindestlohn
95 eingesetzt werden,
- 96 • die wesentlich bessere Vernetzung des Leipziger Wissenschaftspotentials mit der lokalen
97 Unternehmertradition,
- 98 • die Vergabe von Kleinkrediten in Form revolvingender Fonds,
- 99 • den Ausbau des Lotsenprinzips: Ein Ansprechpartner in der Verwaltung für alle Anliegen ei-
100 nes Unternehmens,
- 101 • die Anwendung von Losgrößen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, die für lokale Unter-
102 nehmen sinnvoll sind,
- 103 • die unverzügliche Abwicklung von öffentlichen Aufträgen durch die Verwaltung, damit klei-
104 nere Unternehmen nicht in Existenznot geraten,
- 105 • eine verstärkte Bestandspflege durch die kommunale Wirtschaftsförderung und Verbesse-
106 rung des Ergebnistransfers innerhalb kommunaler Strukturen,
- 107 • eine prioritäre Unterstützung von Unternehmen mit Forschungs- und Entwicklungsabteilung,
- 108 • eine ausschließlich zivile Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle und die Beachtung der be-
109 rechtigten Interessen der Anwohner bei der weiteren Nutzung,
- 110 • die umfassende Unterstützung der Leipziger Messe.

111 **1.2 Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand**

112 Die kommunalen Unternehmen der Stadt Leipzig, insbesondere die im LVV-Konzern zusammenge-
113 fassten, gewährleisten maßgeblich die öffentliche Daseinsvorsorge und bilden das Rückgrat der
114 öffentlichen Infrastruktur. Mit ihren Produkten und Dienstleistungen schaffen sie wesentliche
115 Grundlagen für wirtschaftliche Betätigung und für das Leben in der Stadt. DIE LINKE steht für den
116 Erhalt und den Ausbau des kommunalen Eigentums, der Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Verkäu-
117 fe, auch Teilverkäufe der entsprechenden Einrichtungen und Betriebe lehnen wir ab – im Gegenteil,
118 wo möglich, streben wir die Rekommunalisierung privater Betriebe an. Veräußerungen von Vermö-
119 gensgütern oder Beteiligungen können aus unserer Sicht nur Ausnahmen sein und dort erfolgen, wo
120 nicht die Erfüllung zentraler öffentlicher Aufgaben berührt wird. Andererseits dürfen die Unterneh-
121 men der Daseinsvorsorge nicht als Melkkuh des städtischen Haushalts missbraucht werden. Statt-
122 dessen sollten sie bürgerfreundliche Preise gewährleisten, um ihre Akzeptanz in der Bevölkerung
123 nicht zu verspielen.

124 Deshalb setzen wir uns ein für

- 125 • eine nachhaltige Versorgungssicherheit in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser, Abfall,
126 Wohnen und öffentlicher Personennahverkehr,

- 127 • die Stärkung der Rolle der städtischen Unternehmen als Innovationsträger im technischen,
128 sozialen und wirtschaftlichen Bereich,
- 129 • die Verstärkung der Mitbestimmung und demokratische Kontrolle des Beteiligungs-
130 managements in der Stadt
- 131 • eine Preisgestaltung nach den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Wettbe-
132 werbsfähigkeit, ohne den Kundinnen und Kunden etwa zusätzliche Belastungen wegen der
133 Sanierung des städtischen Haushaltes aufzubürden,
- 134 • die Sicherung und Schaffung zukunftsfähiger Arbeits- und Ausbildungsplätze,
- 135 • Ressourcenschonung durch Minimierung von Rohstoff- und Energieeinsatz sowie die ver-
136 stärkte Verwendung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien,
- 137 • die Prüfung der Möglichkeiten zur Rekommunalisierung bzw. zum Rückwerb teilprivatisier-
138 ter Unternehmen und Einrichtungen, die für die öffentliche Infrastruktur von Bedeutung
139 sind,
- 140 • eine wirksame Kooperation innerhalb des LVV-Konzerns unter Beachtung unterschiedlicher
141 Aufgabenstellung und Wirtschaftskraft,
- 142 • eine Verpflichtung der Sparkasse Leipzig, keine Kreditverträge und damit Kunden-
143 beziehungen an andere Kreditinstitute zu verkaufen.

144 **1.3 Gute Arbeit – gute Löhne**

145 Die Stadt Leipzig hat mit ihren tausenden Beschäftigten und als Großauftraggeber für Leistungen
146 von Unternehmen einen nicht zu unterschätzenden Einfluss, sowohl auf die Sicherung und Schaf-
147 fung von Arbeitsplätzen, als auch auf die Gestaltung der Löhne. Sie muss daher einen größeren
148 Beitrag leisten, um Massenerwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zurückzu-
149 drängen. Die Stadt, ihre Eigenbetriebe und Beteiligungen müssen die allgemein geltenden Tarifver-
150 träge strikt einzuhalten. Überall dort, wo die Tarifbindung nicht existiert, muss diese (wie-
151 der)hergestellt werden. Leiharbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse, geringfügige Beschäfti-
152 gung oder Werkverträge sind auf ein sachlich begründetes Mindestmaß zurückzuführen. Durch die
153 Bündelung von Fördermitteln von EU, Bund, Ländern, SGB III und SGB II mit kommunalen Förder-
154 mitteln ist der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor wieder stärker auszubauen.

155 Deshalb setzen wir uns ein für

- 156 • die Anwendung von Kriterien bei der Ansiedlung bzw. öffentlichen Förderung von Unter-
157 nehmen, wie wir sie für die Stadt sowie ihre Unternehmen und Beteiligungen fordern,
- 158 • einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor auf der Grundlage von tariflich abgesi-
159 cherten Vollzeit Arbeitsplätzen,
- 160 • ein deutlicheres Bekenntnis der Stadt zu ihrer Verantwortung als Träger des Jobcenters,
161 insbesondere durch mehr Transparenz, die Berufung von Stadträtinnen und Stadträten in
162 die Trägerversammlung und eine öffentliche Rechenschaftslegung,
- 163 • die Überprüfung und Weiterentwicklung des „Leipziger Aktionsplanes Beschäftigung“ durch
164 regelmäßige Fachkonferenzen mit Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften,
165 Kammern und Bildungs-/Weiterbildungsträgern,
- 166 • die Stärkung der Kooperation mit öffentlichen Unternehmen der Region auch über die Lan-
167 desgrenzen hinaus,
- 168 • die langfristige Festlegung der Rolle und des Handlungsspielraums des Kommunalen Eigen-
169 betriebes Engelsdorf,
- 170 • eine langfristige Perspektive der Freien Träger für Beschäftigungsförderung.

171 **1.4 Qualifizierte Ausbildung**

172 Nach wie vor ist auf der einen Seite der Anteil junger Menschen ohne Ausbildung und festen Ar-
173beitsplatz in Leipzig relativ hoch. Auf der anderen Seite suchen immer mehr Unternehmen, vor al-
174lem Handwerker, geeignete Auszubildende. Aus diesen Gründen und wegen des fortschreitenden
175demografischen Wandels braucht unsere Gesellschaft möglichst alle jungen Menschen mit einer
176qualifizierten Ausbildung.

177 Deshalb setzen wir uns ein für

- 178 • Ausbildungsverbünde kommunaler Unternehmen mit kleinen und mittelständischen Unter-
179nehmen der Region,
- 180 • die Entwicklung besonderer Integrations- und Fördermöglichkeiten für junge Menschen oh-
181ne Schulabschluss,
- 182 • die bessere Integration von jungen Menschen mit Behinderung im Ausbildungsbereich
- 183 • ein dauerhaftes und stabiles Ausbildungsangebot bei der Stadtverwaltung sowie bei städti-
184schen Unternehmen und solchen mit städtischer Beteiligung,
- 185 • die Beschäftigungssicherung der Ausgebildeten der Stadt und der kommunalen Unterneh-
186men,

187 **1.5 Zukunft finanzieren**

188 Um die vielfältigen Aufgaben, die vor der Stadt Leipzig stehen, zu bewältigen, ist eine veränderte
189Finanzpolitik notwendig. Leipzig wird aufgrund seiner wirtschaftlichen und sozialen Situation auch
190in Zukunft von relevanten finanziellen Transferleistungen abhängig bleiben. 2020 droht ein Einnah-
191meverlust von rund 150 Mio. Euro pro Jahr im Vergleich zu 2013. Unverzichtbar sind deshalb ein
192Solidarpakt III auf Bundesebene sowie radikale Änderungen in der Zuweisungspolitik des Freistaa-
193tes Sachsen an die Kommunen. Es ist nicht hinzunehmen, dass das Land seit Jahren die Fördermit-
194tel der Europäischen Union für die Stadtentwicklung sowie die Bundeszuweisungen für den Nahver-
195kehr und für den Ausbau von Kindertagesstätten nur gekürzt an die Kommunen weiterreicht. Die
196Stadt Leipzig muss alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um zu verhindern, dass der
197Freistaat auf Kosten der Kommunen seinen Entschuldungskurs fortsetzt und der Haushalt der Stadt
198Leipzig immer mehr in die Schieflage gerät.

199 In Folge dieser Rahmenbedingungen schrumpft der städtische Haushalt seit Jahren. Sein Volumen
200betrug im Jahr 2010 real, also abzüglich der Inflationsrate, gerade einmal ca. drei Viertel von 1995.
201 Dabei wird der Haushalt nur zu etwa einem Drittel aus eigenen Einnahmen gedeckt. Mehr als drei
202 Viertel der jährlichen Ausgaben sind durch Weisungs- und Pflichtaufgaben von Land und Bund ge-
203bunden. Diese komplexe Haushaltssituation wirkt sich zugleich negativ auf den Abbau des enor-
204men Investitionsstaus bei Schulen, Kindertagesstätten sowie bei der Verkehrsinfrastruktur in Höhe
205von 1,2 Milliarden Euro und der Auftragsvergabe an die heimischen klein -und mittelständischen
206Unternehmen aus.

207 DIE LINKE im Leipziger Stadtrat hat bisher all ihre Forderungen stets mit seriösen Finanzierungs-
208vorschlägen untersetzt. An diesem Prinzip solider Haushaltspolitik halten wir auch künftig fest. Dem
209eingeschlagenen Konsolidierungskurs der städtischen Finanzen können wir uns grundsätzlich
210nicht verschließen. Dieser darf jedoch nicht zu Lasten sozial Benachteiligter, der Förderung wich-
211tiger sozialer, ökologischer und kommunalwirtschaftlicher Projekte sowie von nachhaltigen Zu-
212kunftsinvestitionen wie z.B. in Bildung, Katastrophen- und Hochwasserschutz sowie der Beschäftig-
213ten der Stadtverwaltung und der kommunalen Unternehmen gehen.

- 214 Deshalb setzen wir uns ein für
- 215 • die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit dem
 - 216 geltenden Grundsatz: wird eine Leistung durch den Gesetzgeber bei der Kommune bestellt,
 - 217 ist diese auch durch den „Auftraggeber“ im vollen Umfang zu bezahlen,
 - 218 • eine transparente städtische Haushaltspolitik unter aktiver Mitwirkung der Bürgerschaft
 - 219 beispielsweise mit der Einführung eines tatsächlichen Bürgerhaushaltes,
 - 220 • die Einführung eines dezernats- und ämterübergreifenden Fördermittelmanagements, um
 - 221 zusätzliche Einnahmen zu generieren und die Vergabe der knappen Mittel strategisch sinn-
 - 222 voll und effektiv zu gestalten,
 - 223 • den vehementen Einsatz der Verwaltungsspitze, unter Ausschöpfung aller rechtlichen Mög-
 - 224 lichkeiten, für eine gerechte Mittelzuweisung des Freistaates Sachsen an Leipzig,
 - 225 • einen gerechten Sozillastenausgleich zwischen den sächsischen Kommunen aus Mitteln
 - 226 des Freistaates Sachsen,
 - 227 • die Einführung einer Kulturförderabgabe für touristische Übernachtungen.

228 **2 Soziale Gerechtigkeit und selbst bestimmtes Leben**

229 Für DIE LINIKE gehört der Kampf um soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu den
230 unverwechselbaren Grundwerten. In dieser Konsequenz unterscheidet sie sich daher auch in Leip-
231 zig von allen anderen demokratischen Parteien. Dabei wissen wir, dass die sozialpolitischen Gestal-
232 tungsmöglichkeiten einer Kommune begrenzt sind und durch die von der Bundes- und Landespolitik
233 betriebene massive Absenkung sozialer Standards in den letzten Jahren noch weiter eingeschränkt
234 wurden.

235 **2.1 Stadtgesellschaft sozial und gerecht**

236 Aktive kommunale Sozialpolitik muss sich an alle Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt
237 richten und sie so in das Ringen um eine solidarische Stadtgesellschaft einzubeziehen. In diesem
238 umfassenden Sinne verstehen wir Sozialpolitik nicht als bloßen Reparaturbereich für prekäre Le-
239 benslagen, Existenznöte oder Konflikte. Auch wer über ein gutes Einkommen verfügt und nicht auf
240 Sozialleistungen angewiesen ist, darf sich nicht abschotten und sollte an einer Stadt interessiert
241 sein, die endlich das Stigma der sächsischen Armutshauptstadt ablegen kann.

242 DIE LINKE tritt vor allem für die Menschen ein, die gegenwärtig am Rand unserer Gesellschaft leben
243 müssen und deren Lage sich in den letzten Jahren nicht oder kaum verbessert hat. Wesentlich dafür
244 verantwortlich sind nach wie vor die unsäglichen Hartz-IV-Regelungen, die dringend abgeschafft
245 werden müssen, auch wenn das auf der Ebene einer Kommune nicht möglich ist.

246 Viele Betroffene haben sich weitgehend aus der Mitgestaltung unseres Gemeinwesens zurückge-
247 zogen, was zu einer für Leipzig besonders niedrigen Wahlbeteiligung und damit zu einer verstärkten
248 Schiefelage der gesellschaftlichen Repräsentanz der Wählerschaft führt. Wir möchten gerade diese
249 Menschen ermutigen, ihre Resignation zu überwinden, um den Druck für notwendige politische
250 Veränderungen zu erhöhen.

251 Wir setzen uns deshalb ein für

- 252 • einen vom Freistaat Sachsen zu finanzierenden gerechten Sozillastenausgleich zwischen
- 253 den Regionen und Kommunen zur Überwindung der finanziellen Benachteiligung der Stadt
- 254 Leipzig, insbesondere gegenüber der Landeshauptstadt Dresden,
- 255 • bezahlbare Energie (Energie, Gas, Heizung usw.) auch für einkommensschwache Haushalte,

- 256 • die jährliche Dynamisierung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft und Heizung
257 (KdU) für Hartz-IV-Betroffene sowie Bezieherinnen und Bezieher der Grundsicherung im Alter
258 und bei Erwerbsminderung zur Vermeidung von Zwangsumzügen und Sozialgerichtsklagen.

259 **2.2 Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche**

260 Leipzig muss seinem Anspruch, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein, noch weitaus of-
261 fensiver Rechnung tragen. Erfreulich ist, dass seit Jahren wieder mehr Kinder geboren werden und
262 junge Familien ihren Wohnsitz in Leipzig nehmen. Daraus erwachsen unserer Stadt jedoch neue
263 Herausforderungen, die in ihrer ganzen Vielfalt erkannt und umgesetzt werden müssen. Unser An-
264 spruch muss es sein, allen Kindern und Jugendlichen eine gute Perspektive in ihrer Heimatstadt zu
265 geben. Das ist gegenwärtig leider für viele noch nicht gegeben. Mehr als ein Drittel der Kinder und
266 Jugendlichen sind unmittelbar von Armut betroffen, weit mehr als in den beiden anderen sächsi-
267 schen Großstädten.

268 **2.2.1 Kindertagesstätten**

269 Im Vergleich zu westdeutschen Großstädten muss sich Leipzig hinsichtlich der Betreuungsquote in
270 Kindertagesstätten wahrlich nicht verstecken. Dennoch ist der Bedarf, insbesondere für Kleinkinder
271 bis zu drei Jahren nach wie vor höher als das verfügbare Platzangebot. In dieser Altersgruppe hat
272 Leipzig sogar aktuell die niedrigste Betreuungsquote im Vergleich zu den anderen kreisfreien Städ-
273 ten und zu allen Landkreisen Sachsens. Das Ausweichen auf die Tagespflege - in Leipzig besonders
274 ausgeprägt - kann bestenfalls eine Übergangslösung sein. Noch viel weniger hinzunehmen ist das
275 Ausweichen auf kommerzielle Betreuungsangebote.

276 Wir setzen uns deshalb ein für

- 277 • die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für Kinder bis zur Einschulung,
- 278 • ein transparentes und effizientes Vergabesystem der Plätze,
- 279 • den Verzicht auf jegliche Zugangskriterien,
- 280 • die Sicherung eines stabilen Netzes an wohnortnahen Kindertagesstätten in kommunaler
281 und frei gemeinnütziger Trägerschaft, wobei neue Einrichtungen vorrangig in städtischer
282 Trägerschaft errichtet und betrieben werden sollten,
- 283 • die Einrichtung von weiteren betrieblichen Kindertageseinrichtungen und deren Förderung,
- 284 • den schrittweisen Abbau des Investitionsstaus in zahlreichen Einrichtungen,
- 285 • die Erhöhung des Drucks auf den Freistaat Sachsen zur Bereitstellung von wesentlich mehr
286 finanziellen Mitteln, um schrittweise ein kostenloses Mittagessen einführen zu können,
- 287 • die Einwirkung auf den Freistaat Sachsen, um die Verbesserung der Rahmenbedingungen
288 für Bildung, Erziehung und Betreuung durch kleinere Gruppen, Vor- und Nachbereitungszeit
289 der Erzieherinnen und Erzieher sowie die Angleichung von Ausbildung und Einkommen an
290 die der Lehrer gesetzlich zu verankern.

291 **2.2.2 Schule und Bildung**

292 Schule bleibt auch künftig der Ort, wo Kinder und Jugendliche solide auf ihr Leben vorbereitet wer-
293 den und notwendige soziale Kompetenzen erlernen. Leipzig ist die sächsische Großstadt mit dem
294 höchsten Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss. Anzubieten ist ein attraktives Bildungsan-
295 gebot für alle, unabhängig von Status und Einkommenssituation der Eltern, der immer öfter über
296 den Bildungsweg ihrer Kinder entscheidet. Das belegt die erhebliche Zunahme von Privatschulen,
297 vor allem im berufsbildenden Bereich. Diese Entwicklung zeugt davon, dass sich der Staat immer
298 mehr seiner Verantwortung für Schule und Bildung entledigt. Dem leistet die konservative sächsi-

299 sche Schulgesetzgebung Vorschub. Längeres gemeinsames Lernen anstatt frühzeitige Vorbestim-
300 mung des einzuschlagenden Bildungsweges bleibt die zentrale bildungspolitische Botschaft der
301 LINKEN.

302 Deshalb setzen wir uns ein für

- 303 • ein deutliches Signal an den Freistaat Sachsen, um endlich das antiquierte dreigliedrige
- 304 Schulsystem zu überwinden und ein mindestens achtjähriges gemeinsames Lernen zu er-
305 möglichen,
- 306 • die Reduzierung der Klassenstärken durch die Einstellung von mehr und vor allem gerecht
307 entlohnten Lehrerinnen und Lehrern,
- 308 • die Erarbeitung kommunaler bildungspolitischer Leitlinien,
- 309 • eine Stabilisierung des staatlichen Schulnetzes,
- 310 • die beträchtliche Erweiterung des Angebotes an Ganztagschulen,
- 311 • die bedarfsgerechte Beschäftigung von Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen,
- 312 • die Bereitstellung von mehr Mitteln für den Abbau des gewaltigen Investitionsstaus und oh-
313 ne Rückgriff auf so genannte PPP-Modelle,
- 314 • den Abbau des Reparaturstaus in Schulen bis 2019,
- 315 • die konsequente Einhaltung der gesetzlich verbrieften Lehr- und Lernmittelfreiheit,
- 316 • die Erweiterung der außerunterrichtlichen Angebote an Schulen,
- 317 • eine noch bessere Sicherung der Schulwege.

318 **2.2.3 Familie, Kinder und Jugendliche**

319 Das traditionelle Familienmodell hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegenden gewandelt, oh-
320 ne dass sich darauf unsere Gesellschaft bereits ausreichend eingestellt hätte. Diese Entwicklung ist
321 mit der Einengung kindgerechter Sozialräume durch zunehmende Belastungen der Eltern sowie
322 durch eine enorme Vielfalt medialer Angebote verbunden. Nicht alle Familien finden Wege, sich auf
323 diese Wandlungen einzustellen und ihren Kindern die notwendige Zuwendung und Rückhalt ange-
324 deihen zu lassen. Immer mehr, vor allem Alleinerziehende, sind von Armut betroffen. Die zuneh-
325 mende soziale Differenziertheit stellt wachsende Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe,
326 denen die unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung immer weniger gerecht wird.

327 Deshalb setzen wir uns ein für

- 328 • die wesentliche Anhebung der finanziellen Zuwendungen des Freistaates an die Kommunen,
329 insbesondere der Jugendpauschale,
- 330 • ein ausreichendes Angebot an Prävention, Beratung und Hilfe, unter Berücksichtigung der
331 Besonderheiten in den Ortsteilen,
- 332 • die Rückkehr zur stadtteilbezogenen Struktur des Allgemeinen Sozialdienstes,
- 333 • ein kommunales familienpolitisches Konzept,
- 334 • die jährliche Dynamisierung des städtischen Jugendhilfeeats,
- 335 • mehrjährige Leistungsverträge mit freien Trägern zur Sicherung der Kontinuität in der Kin-
336 der- und Jugendarbeit,
- 337 • neue Formen aktiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an
338 Entscheidungen, insbesondere über sie betreffende Vorhaben,
- 339 • eine interkulturell ausgerichtete Jugendarbeit gegen Neonazismus, Rassismus und andere
340 diskriminierende Denkhaltungen,
- 341 • die Förderung alternativer Jugendkultur und selbst verwalteter Projekte,
- 342 • geschlechtsspezifische Angebote der Kinder- und Jugendhilfe,

- 343 • die Förderung alleinerziehender erwerbsloser Eltern bei der Integration in sozialversiche-
344 rungspflichtige Beschäftigung.

345 **2.3 Würdevolles Leben im Alter**

346 In nur zwei Jahrzehnten hat sich der Altersdurchschnitt der Leipziger Bevölkerung um vier auf 44
347 Jahre erhöht; fast ein Viertel ist inzwischen älter als 65 Jahre. Diese Entwicklung, die als demografi-
348 scher Wandel umschrieben wird, setzt sich in den nächsten Jahren fort und ist mit gewaltigen Her-
349 ausforderungen für die gesamte Stadtgesellschaft verbunden. Insbesondere auf die sozialräumliche
350 Differenzierung in wachsende, junge und alternde, schrumpfende Ortsteile sind wir noch nicht aus-
351 reichend vorbereitet. Wir sehen aber nicht nur Risiken des demografischen Wandels sondern auch
352 seine Chancen. Ältere Menschen haben ein Recht auf ein aktives und selbst bestimmtes Leben.
353 Sie wollen sich gleichberechtigt in den gesellschaftlichen Alltag einbringen und sich bürgerschaft-
354 lich engagieren. Dazu bedarf es allerdings besserer Rahmenbedingungen. Das beginnt bei der al-
355 tersgerechten Gestaltung des Wohnumfeldes und entsprechender Verkehrslösungen und reicht bis
356 hin zu tragfähigen Lösungen in der gesundheitlichen Betreuung und Pflege. Dabei muss es uns zu-
357 gleich um Ansätze gehen, wie der erheblich ansteigenden Altersarmut wirksam begegnet werden
358 kann.

359 Deshalb setzen wir uns ein für

- 360 • mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Ältere in allen Bereichen des städtischen Lebens,
- 361 • die Fortschreibung des Leipziger Rahmenkonzepts der Seniorenarbeit,
- 362 • den Erhalt und die mögliche Neueinrichtung von Seniorenbüros und Begegnungsstätten auf
363 solider finanzieller Basis,
- 364 • die Unterstützung bei der Bereitstellung von wesentlich mehr altengerechten Wohnungen,
- 365 • den wohnortnahen Erhalt von Dienstleistungseinrichtungen,
- 366 • die Förderung von Mehrgenerationenhäusern,
- 367 • die Erweiterung der Kapazität städtischer Altenpflegeeinrichtungen, einschließlich der Kurz-
368 zeit- und Tagespflege.

369 **2.4 Chancengleichheit**

370 DIE LINKE setzt sich für ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern
371 sowie von alternativen Formen des Zusammenlebens ein. Nach wie vor werden auch in Leipzig
372 Frauen sozial benachteiligt. Dies spiegelt sich im überdurchschnittlich hohen Anteil an geringfügig
373 Beschäftigten oder in sehr niedrig vergüteten Branchen wider. Nach wie vor verdienen Frauen für
374 die gleiche Tätigkeit wesentlich weniger als Männer und dringen viel zu selten in die Chefetagen
375 vor. Das alles mindert von vornherein spätere Rentenansprüche; schon heute ist Altersarmut daher
376 vor allem weiblich.

377 Deshalb setzen wir uns ein für

- 378 • die Aktualisierung von Frauenförderplänen in allen Bereichen der Stadtverwaltung, städti-
379 schen Betrieben und Unternehmen mit städtischer Beteiligung,
- 380 • die Einführung einer Frauenquote für die Besetzung von Leitungsfunktionen,
- 381 • die Vergabe von städtischen Aufträgen nur an Unternehmen, die das Prinzip „Gleicher Lohn
382 für gleiche Arbeit“ einhalten,
- 383 • die weitere Überwindung des Klischees von frauen- oder männertypischen beruflichen Tä-
384 tigkeiten,
- 385 • mehr Beratungsangebote für sozial benachteiligte Frauen und Männer,

- 386 • den Erhalt und die finanzielle Absicherung bestehender Kinder- und Frauenschutzhäuser,
387 • die Stärkung des Leipziger Netzwerkes gegen häusliche Gewalt und Stalking,
388 • die Überwindung jeglicher Diskriminierung von Menschen mit gleichgeschlechtlichen Le-
389 bensweisen und den gesicherten Erhalt von Schwulen- und Lesbenzentren.

390 **2.5 Barrierefreies Denken und Handeln**

391 Mehr als ein Zehntel der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt ist von Behinderungen oder
392 chronischen Krankheiten betroffen. Manches hat sich in den letzten Jahren in Leipzig verändert, um
393 diesen Menschen die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Den-
394 noch bleibt viel zu tun, um Leipzig in all seinen Stadtteilen barrierefrei zu gestalten. Dabei geht es
395 nicht nur um das Wohnumfeld oder um den öffentlichen Personennahverkehr, sondern im Sinne der
396 UN-Behindertenrechtskonvention und ihrer Aufforderung zur Inklusion um mehr Chancengleichheit
397 in Bildung und Arbeit. Noch zu oft scheitern notwendige und mögliche Lösungen an Unwissenheit
398 oder an vermeintlichen finanziellen Sparzwängen.

399 Deshalb setzen wir uns ein für

- 400 • die Fortschreibung des städtischen Konzeptes zur Gleichstellung behinderter Menschen zu
401 einem Inklusionskonzept,
- 402 • die Weiterentwicklung des Behindertenbeirates zu einer wirksamen Interessenvertretung
403 behinderter und chronisch kranker Menschen bei gleichberechtigter Einbeziehung beste-
404 hender Verbände und Vereine,
- 405 • den barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der Stadt-
406 verwaltung,
- 407 • mehr behindertengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen zu erschwinglichen Mieten
- 408 • mehr Arbeitsplätze für behinderte Menschen in städtischen Einrichtungen und in der priva-
409 ten Wirtschaft,
- 410 • die weitere Qualifizierung der Frühförderung von behinderten oder von Behinderung bedroh-
411 ten Kindern,
- 412 • die beschleunigte barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
413 durch die flächendeckende Einführung von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die ent-
414 sprechende Anpassung der Haltestellen,
- 415 • die Erweiterung des Blindenleitsystems, die Kennzeichnung von Stufen und anderen Hinder-
416 nissen mit Signalfarbe sowie die Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit akustischen
417 Ampeln,
- 418 • keinerlei Einschränkungen bei der Straßen- und Wegebeleuchtung,
- 419 • die konsequente Ahndung von Verstößen gegen Falschparken und Verstellen von Fußwegen
420 durch Werbeträger.

421 **2.6 Stabile medizinische Versorgung**

422 Im Vergleich zu anderen sächsischen Kommunen, insbesondere im ländlichen Raum, hat Leipzig
423 immer noch ein relativ hohes Niveau bei der ambulanten und stationären medizinischen Versor-
424 gung. Dennoch werden die Herausforderungen erheblich zunehmen. Das ergibt sich nicht nur we-
425 gen der älter werdenden Bevölkerung, sondern auch aus schon heute spürbarem Mangel bei Ärzten
426 und Pflegekräften. Insgesamt haben wir dafür Sorge zu tragen, dass allen Einwohnerinnen und Ein-
427 wohnern, unabhängig von Alter und Einkommen, auch künftig ein gutes medizinisches Versor-
428 gungsangebot zur Verfügung steht.

- 429 Deshalb setzen wir uns ein für
430 • den Erhalt und den Ausbau kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, insbesonde-
431 re des Klinikums St. Georg,
432 • eine engere Kooperation zwischen den hiesigen Kliniken und Krankenhäusern,
433 • die Unterstützung bei der Einrichtung weiterer medizinischer Versorgungszentren (Poliklini-
434 ken), vor allem in unterversorgten Ortsteilen,
435 • die personelle Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, um einen größeren Beitrag
436 zur gesundheitlichen Vorsorge zu leisten und die vorgeschriebenen Untersuchungen bei
437 Kindern flächendeckend zu gewährleisten,
438 • die personelle und finanzielle Stärkung im Veterinär- und Lebensmittelkontrollbereich sowie
439 die personelle Absicherung des Tierrettungsnotdienstes,
440 • den Ausbau und Qualitätssicherung sowie bessere Vernetzung der Suchtprävention und Hil-
441 fe für Betroffene, vor allem für junge Menschen sowie die stärkere Förderung von Aus-
442 stiegsprogrammen für alle Suchterkrankten.

443 **2.7 Sicherheit durch Prävention**

444 In Leipzig ist der polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2012 zufolge die Zahl der Straftaten weiter an-
445 gestiegen. Nur knapp die Hälfte davon wurde aufgeklärt. An dieser unbefriedigenden Quote dürfte
446 sich angesichts des von der Landesregierung forcierten Personalabbaus bei der Polizei nichts än-
447 dern. Allein 500 Stellen sollen bei der Polizeidirektion Leipzig in den nächsten Jahren abgebaut
448 werden. Erschwerend kommt hinzu, dass der Handel und Konsum mit und von Drogen ein nicht zu
449 ignorierendes Problem darstellt. So führt insbesondere der massive Anstieg von Crystal-Konsum zu
450 einer komplexeren drogenpolitischen Gefährdungssituation.

451 Gleichwohl bedeutet LINKE Ordnungs- und Sicherheitspolitik in erster Linie Prävention. Die Ursa-
452 chen von Gewalt und Straftaten müssen konsequenter gesamtgesellschaftlich überwunden werden.
453 Ein verkürztes Sicherheitsdenken durch Law-and-order-Politik lehnen wir prinzipiell ab. LINKE Tole-
454 ranz endet jedoch dort, wo Menschen psychisch und physisch bedroht und verletzt sowie öffent-
455 liches und privates Eigentum durch Vandalismus und illegale Graffiti beschädigt werden.

- 456 Deshalb setzen wir uns ein für
- 457 • den Erhalt von Mischnutzungen in den Stadtteilen, denn eine stabile Mischung von Wohnen,
458 Einkaufen und Arbeiten gewährleistet lebendige Stadtteile, in denen nachbarschaftliche
459 Fürsorge einen Schutz vor Kriminalität bieten kann,
 - 460 • eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung und
461 bei Neubauten,
 - 462 • eine flächendeckende und umfassende Aufklärungs- und Präventionsarbeit an allen Kitas
463 und Schulen in Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und freien Trägern
 - 464 • eine konsequente Beachtung des berechtigten Sicherheitsbedürfnisses älterer Menschen,
 - 465 • die Fortführung der konstruktiven Zusammenarbeit im Kriminalpräventiven Rat,
 - 466 • die konsequente Sicherheitspartnerschaft von Ordnungsamt, Polizei und Kleingartenverband
467 sowie deren Untersetzung mit finanziellen Mitteln,
 - 468 • eine Bestandsaufnahme der bisherigen Tätigkeit der Bürgerpolizistinnen und
469 -polizisten,
 - 470 • die Einrichtung von sicherheitspolitischen Runden Tischen auf Stadtbezirksebene,
 - 471 • die Erhöhung der Anzahl von Abfallbehältern im Stadtgebiet sowie die personelle und tech-
472 nische Stärkung der Stadtreinigung,
 - 473 • die personelle und technische Stärkung von Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr.

474 **3 Die nachhaltig wachsende Stadt**

475 Leipzig als Lebensraum seiner Einwohnerinnen und Einwohner hat sich in den letzten Jahren weiter
476 verändert und steht zugleich vor noch größeren Herausforderungen. Nachdem Stadtgestaltung über
477 viele Jahre mit sinkenden Bevölkerungszahlen, Abriss und Schrumpfung verbunden war, haben wir
478 uns nunmehr auf Zuzug, Geburtenzuwachs und einen wesentlich geringeren Wohnungsleerstand
479 einzustellen. Grundsatz bleibt für DIE LINKE die Verbindung von baulicher und sozialer Entwicklung.
480 Bei allen Veränderungen muss es stets um die Beantwortung der Frage gehen: welchen Nutzen
481 haben Einwohnerinnen und Einwohner davon und wie werden sie aktiv in die Stadtgestaltung einbe-
482 zogen?

483 **3.1 Die lebendige Stadt**

484 Stadtentwicklung steht immer vor der Herausforderung, die unterschiedlichsten Interessen zu be-
485 rücksichtigen und möglichst produktiv zu bündeln. Dabei muss der nach wie vor ungleichen Ent-
486 wicklung einzelner Stadtteile ebenso entgegengewirkt werden wie der weiteren sozialen Ent-
487 Mischung und leider stärker werdenden Tendenz der Verdrängung (Gentrifizierung). Insgesamt wird
488 der Spielraum der Stadt für Stadtgestaltung vor dem Hintergrund sinkender Fördermittel und feh-
489 lender Eigenmittel mit Augenmaß und Kreativität auszuloten sein.

490 Stadtentwicklung funktioniert überdies nur im Zusammenwirken mit der Wohnungswirtschaft, dem
491 Quartiersmanagement sowie Bürgervereinen und -initiativen. Sie muss den Prinzipien der Nachhal-
492 tigkeit und Barrierefreiheit folgen und als Stadt der kurzen Wege Funktionen wie Arbeit, Einkaufen,
493 Kinderbetreuung, Kultur und medizinische Versorgung lokal realisieren. Die inzwischen in fast allen
494 Stadtteilen entstandenen oder wieder belebten Wohngebietszentren sind zu stabilisieren und hin-
495 sichtlich der Alten- und Familienfreundlichkeit zu ergänzen.

496 Deshalb setzen wir uns ein für

- 497 • eine bauliche und soziale Stabilisierung benachteiligter Ortsteile wie Volkmarsdorf, Schöne-
498 feld oder Lindenau sowie die Entwicklung wenig belebter Magistralen wie der Georg-
499 Schuman-Straße, der Georg-Schwarz-Straße oder der Eisenbahnstraße,
- 500 • mehr Gerechtigkeit für Leipzig bei der Zuteilung von Fördermitteln,
- 501 • den Erhalt der öffentlichen Räume,
- 502 • die weitere Gestaltung des Leipziger Neuseenlandes im Süden und der Seenlandschaft im
503 Norden,
- 504 • weitere Aufforstungen sowie die großräumige Vernetzung der Grünzüge unter Beachtung
505 des agrarstrukturellen Entwicklungsplanes,
- 506 • eine Stadtgestaltung, die die Funktionen Leipzigs als Oberzentrum erweitert,
- 507 • die Weiterentwicklung des Lindenauer Hafens und des Stadthafens sowie die Einbindung in
508 das Leipziger Neuseenland,
- 509 • den Erhalt und die Gestaltung der Kleingartenanlagen und Parks, der Spielplätze und öffent-
510 lichen Bolzplätze als Stätten der Naherholung und Freizeitgestaltung,
- 511 • die Freihaltung klimatisch bedeutsamer Flächen von Bebauung,
- 512 • den Erhalt landwirtschaftlicher Nutzungsflächen im Stadtgebiet. Diese Flächen dienen ne-
513 ben der Produktion von Nahrungsmitteln auch der Erhaltung der Biodiversität, dem Klima-
514 schutz und mit Wald- und Wasserflächen einer Raumgliederung, die für die Naherholung ei-
515 ne wichtige Funktion hat.

516 **3.2 Aufwertung ohne Verdrängung**

517 Der Wohnungsmarkt ist in Bewegung. Wohnen muss aber in ganz Leipzig bezahlbar bleiben. Das
518 Angebot an preiswerten Wohnungen hat sich in den letzten Jahren allerdings erheblich verringert.
519 Die Leerstandsquote wird weiter sinken. Mietpreisbindungen aus den 90er Jahren laufen aus und
520 der Neubau von Sozialwohnungen findet kaum statt. Ein Umdenken ist dringend notwendig, um die
521 wachsende Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum befriedigen zu können. Dabei kommt der LWB
522 als städtisches Unternehmen eine größere Steuerungsfunktion zu. Ihr Wohnungsbestand darf kei-
523 nesfalls weiter sinken, sondern sollte auf 40.000 Wohnungen ansteigen. Darüber hinaus sieht DIE
524 LINKE in den Wohnungsgenossenschaften einen wesentlichen Garant für die Verhinderung von
525 Wohnungsknappheit in allen Stadtteilen. Alle Anbieter auf dem Wohnungsmarkt sollten dafür sor-
526 gen, dass den Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur Rechnung getragen und insbesondere
527 mehr Singlewohnungen, Wohnungen für Familien mit Kindern sowie altengerechter Wohnraum an-
528 geboten wird. Es muss endgültig Schluss sein mit dem weiteren Abriss intakter Wohnsubstanz. Zu-
529 gleich muss den sich weiter verstärkenden Verdrängungstendenzen Einhalt geboten werden. DIE
530 LINKE unterstützt alternative Wohnformen, beispielsweise Bürgergenossenschaften, Vereine etc.,
531 die dem Erhalt alter Bausubstanz dienen und diese vor Spekulation schützen.

532 Deshalb setzen wir uns ein für

- 533 • den Erhalt der Wohnungsbestände in den Großsiedlungen und die Verbesserung ihres
534 Wohnumfeldes, insbesondere in Grünau und Paunsdorf,
- 535 • einen behutsamen Umgang mit vom Verfall bedrohten Gebäuden, in denen bislang preis-
536 günstiges Wohnen möglich war,
- 537 • den Neubau und die Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen im Einvernehmen mit
538 dem Wohnumfeld,
- 539 • die Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzepts der Stadt,
- 540 • die Ausweisung von Wohnbaureserveflächen,
- 541 • Mietpreisbindungen für einen Teil neu gebauter Wohnungen in allen Stadtteilen und Aus-
542 schöpfung aller Möglichkeiten zur Begrenzung der Miethöhen, insbesondere bei Neuvermie-
543 tungen,
- 544 • den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus,
- 545 • die Unterstützung alternativer Wohnungsgenossenschaften und Wohnprojekte,
- 546 • konsequente Bemühungen um die Reduzierung der Betriebskosten,
- 547 • die Fortschreibung der Betriebs- und Mietkostenspiegel sowie die Weiterentwicklung ihrer
548 Kriterien, insbesondere des Ausweises der ortsüblichen Vergleichsmiete (Nettokaltmiete)
549 für die Stadtteillagen,
- 550 • die Wiedereinführung eines Zweckentfremdungsverbotes für Wohnraum und die Aufhebung
551 des Grundsteuererlasses für Leerstand.

552 **3.3 Leben in einer grünen Stadt**

553 Leipzig ist grün. Mit unserer Stadt verbinden sich der Auwald, der Grüne Bogen Paunsdorf, alte und
554 neu entstandene Park- und Grünanlagen, Kleingartenanlagen und Kleingartenparks. Mit Einführung
555 der Umweltzone konnte bisher die Belastung durch hochtoxischen Dieselruß um ein Drittel verrin-
556 gert werden. Insgesamt sind jedoch die Umsetzung der Umweltqualitätsziele und des Luftreinhalte-
557 planes noch nicht ausreichend, weil bisher zu wenige finanzielle Mittel bereitgestellt wurden. DIE
558 LINKE wird sich dafür einsetzen, dass sich das ändert. Der Klimawandel wird zu drei Vierteln in
559 Städten verursacht. Wir treten für eine grundlegende Energiewende ein, betonen aber zugleich,
560 dass diese durch geeignete Maßnahmen sozial ausgewogen sein muss und insbesondere Haushalte

561 mit niedrigem Einkommen nicht überdurchschnittlich belasten darf. DIE LINKE wird sich nachdrück-
562 lich dafür einsetzen, dass der Grundsatz "global denken, lokal handeln" auch in Leipzig gilt.

563 LINKE Umweltpolitik versteht sich als Daseinsvorsorge und hat daher stets auch die Sicherung ge-
564 sunder Lebensgrundlagen zum Ziel. Deshalb sehen wir beispielsweise die Entwicklung des Leipziger
565 Neuseenlands und der Hafengebiete als naturnahe Erholungsmöglichkeiten und zugleich als Auf-
566 wertung stadtklimatischer Bedingungen. Mit Rücksicht auf Flora und Fauna stimmen wir der priva-
567 ten Motorbootnutzung nur mit alternativen Antrieben im Sinn des "Leipzig-Bootes" zu.

568 Für DIE LINKE bedürfen auch Wild- und Haustiere unseres Schutzes. Haustiere sind eine Bereiche-
569 rung des Lebens, für viele Bürgerinnen und Bürger auch soziale Partner. Sie müssen jedoch artge-
570 recht gehalten und angemessen versorgt werden. Da die Unterbringung und Versorgung von Fund-
571 tieren Pflichtaufgabe der Kommune ist, die dem Tierschutzverein übertragen wurde, muss es dafür
572 eine ausreichende finanzielle Mittelausstattung geben.

573 Wir setzen uns deshalb ein für

- 574 • die weitere Vernetzung der Grünflächen und Erholungsgebiete, insbesondere für die Bereit-
575 stellung der nötigen Finanzmittel für den Erhalt des Auwaldes, des Wildparks, der denkmal-
576 geschützten Parkanlagen,
- 577 • die Unterstützung der Kleingartenvereine bei der weiteren Entwicklung ihrer Anlagen zu
578 Zentren der Naherholung und aktiven Freizeitgestaltung,
- 579 • die Anbindung des Markkleeberger Sees an die Pleiße und die Verbindung des Zwenkauer
580 Sees an den Cospudener See,
- 581 • eine Perspektive des Elsterstausees,
- 582 • den Schutz der Trinkwasserressourcen; kein Verkauf des Wassergutes Canitz,
- 583 • die weitere Verbesserung des Hochwasserschutzes insbesondere im innerstädtischen Be-
584 reich durch Öffnung des Elstermühlgrabens und den Gewässern 2. Ordnung,
- 585 • konsequente Umsetzung des Luftreinhalteplanes,
- 586 • ein Verbot von „Heizpilzen“,
- 587 • die Waldaufforstung auf innerstädtischen Brachflächen,
- 588 • die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien und deren Einsatz in kommunalen Einrichtun-
589 gen und Wohngebäuden,
- 590 • die Erarbeitung eines kommunalen Klimaschutzprogramms und die weitere Forcierung des
591 European Energy Award-Prozesses,
- 592 • die Vermittlung ökologischer Bildungsangebote,
- 593 • die qualitative und quantitative Aufwertung von Freiflächen für Hunde und die deutliche Er-
594 höhung der Zahl von Abfallbehältern in Parks und auf öffentlichen Flächen,
- 595 • ein stärkeres Engagement gegenüber dem Freistaat Sachsen für die Einführung einer allge-
596 meinen Chippflicht für Hunde und für ein Verbandsklagerecht im Tier- und Naturschutz.

597 **3.4 Vorfahrt für öffentlichen Nahverkehr**

598 Eine Stadt wie Leipzig kann im 21. Jahrhundert nicht mehr vorrangig vom Auto her geplant und
599 ausgebaut werden. Wir alle nehmen am Verkehr teil, ob zu Fuß, per Fahrrad, Bus und Bahn oder
600 Auto und sollten viel mehr aufeinander Rücksicht nehmen. Dringend nötig ist nicht nur die Fort-
601 schreibung des Stadtentwicklungsplanes Verkehr und öffentlicher Raum, sondern die Erarbeitung
602 eines umwelt- und verkehrspolitischen Gesamtkonzeptes. Wir brauchen tragfähigere Lösungen, um
603 Belastungen durch den individuellen motorisierten Verkehr wie Lärm und Feinstaub zu minimieren.
604 Notwendig ist eine Prioritätensetzung - weg von der Autostadt hin zu einer Stadt mit möglichst

605 vielen Fußgängerinnen und Fußgängern, Radfahrerinnen und Radfahrern bzw. ÖPNV-Nutzerinnen
606 und -nutzern.

607 Aktive Lärmvermeidung hat für uns Vorrang vor passivem Lärmschutz. DIE LINKE ist davon über-
608 zeugt, dass eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs im Vordergrund stehen muss.
609 Dies erreichen wir jedoch nur mit Erhöhung des Fußgängerverkehrs, dem Ausbau des Radwegenet-
610 zes und vor allem einer Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs mit attraktiveren Taktzeiten und
611 höherem Komfort. Vor allem aber darf es zu keiner weiteren Fahrpreisexplosion kommen.

612 Deshalb setzen wir uns ein für

- 613 • ein leistungsfähiges Nahverkehrsunternehmen in kommunaler Hand,
- 614 • die Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV durch einen Bürgerentscheid möglichst bis 2019
615 auf der Grundlage eines seriösen Finanzierungskonzeptes,
- 616 • die Erhaltung der LeipzigPassMobilCard, so lange es noch keinen fahrscheinlosen ÖPNV
617 gibt,
- 618 • eine bessere ÖPNV-Anbindung der Ortsteile und touristischen Ziele, z. B. durch Verlänge-
619 rung der Linie 11 und 9,
- 620 • die Bereitstellung von mindestens 15 Prozent der Straßenbau-Investitionen für die Förde-
621 rung des Radverkehrs, damit 2020 der Anteil des Fahrrades am Gesamtverkehrsaufkommen
622 20 Prozent beträgt,
- 623 • die Beseitigung von Stolperquellen auf Gehwegen,
- 624 • die Eindämmung des Falschparkens auf Fuß- und Radwegen durch verstärkte Kontrollen,
- 625 • autofreie Sonntage im Stadtgebiet,
- 626 • neue Überlegungen zum Umgang mit dem ruhenden Verkehr,
- 627 • eine autoarme Innenstadt und Verzicht auf die Schaffung weiterer Parkmöglichkeiten inner-
628 halb des Innenstadtrings,
- 629 • den konsequenten Ausbau des Park-and-Ride-Systems und seine grundsätzliche Nutzung,
630 vor allem für Großveranstaltungen im Stadion und in der Arena,
- 631 • die Sanierung der vorhandenen Straßen statt Neubau,
- 632 • die Umsetzung des Lärmaktionsplanes und die Unterstützung von Bürgerinitiativen gegen
633 Lärmbelastung,
- 634 • die Ausweisung von Tempo-30-Zonen auf besonders lärmbelasteten Hauptverkehrsstraßen
635 sowie ein LKW-Durchfahrtsverbot.

636 **4 Die bürgerschaftliche Stadt**

637 Leipzig ist seit jeher eine Stadt, in der sich die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung des öf-
638 fentlichen und kulturellen Lebens aktiv beteiligen, anstatt sich von oben regieren zu lassen. In den
639 zurückliegenden Jahren haben sich zahlreiche Bürgerinitiativen und -vereine gebildet, um gemein-
640 sam Einfluss auf entscheidende Bereiche des Lebens vor Ort, wie Wohnen und bezahlbare Mieten,
641 bessere Verkehrslösungen, mehr Stadtgrün oder die Belange Benachteiligter zu nehmen. In fast
642 allen Stadtteilen setzen sich inzwischen Bürgervereine aktiv für die Verbesserung der Lebensver-
643 hältnisse im unmittelbaren Wohnumfeld ein und leisten so unverzichtbare Gemeinwohlarbeit im
644 Sozialbereich, in der Kultur, im Sport oder im Umweltbereich.

645 **4.1 Einladung zur Mitwirkung**

646 Bürgerschaftliches Engagement ist der Motor der Stadtgesellschaft. Damit dieser nicht ins Stottern
647 gerät und künftig insbesondere jüngere Menschen bewegt, muss es noch bessere Rahmenbedin-
648 gungen und noch mehr gesellschaftliche Anerkennung für ehrenamtlich tätige Leipzigerinnen und
649 Leipziger geben.

650 Kommunale Entscheidungen sind für Bürgerinnen und Bürger oftmals unmittelbar bedeutsam. Auch
651 jüngere Menschen wollen zu Recht ernst genommen werden und sich einmischen. Das ist ein
652 Grund, weshalb DIE LINKE Sachsen die Herabsetzung des Wahlalters in den Kommunen auf 16 Jah-
653 re sowie die deutliche Herabsetzung des Quorums für Bürgerentscheide in der Landesverfassung
654 verankern möchte. Für ein demokratisches und bürgernahes Miteinander aller ist es von großer
655 Bedeutung, dass Bürgerbeteiligung an öffentlichen Vorhaben nicht die Sache weniger Engagierter
656 bleibt. Das setzt vor allem mehr Transparenz der Verwaltung voraus.

657 Deshalb setzen wir uns ein für

- 658 • den Ausbau der Bürgerämter mit bürgerfreundlichen Öffnungszeiten in den Ortsteilen,
- 659 • die Durchführung von Bürgerentscheiden zu strategisch wichtigen Fragen wie Privatisierung
660 von Teilen der Daseinsvorsorge oder der Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV,
- 661 • die Aufwertung der Stadtbezirksbeiräte zu Ortschaftsräten, die von den Bürgerinnen und
662 Bürgern direkt gewählt werden und über konkrete Mitbestimmungsrechte verfügen,
- 663 • die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments,
- 664 • die Verhinderung der Weitergabe der Meldedaten der Bürgerinnen und Bürger ohne deren
665 schriftliche Einwilligung an private Dritte,
- 666 • die konsequente Umsetzung des Leipziger Corporate Governance Kodex (u. a. Offenlegung
667 der strategischen Ziele und Verträge im Zusammenhang mit städtischen Beteiligungen und
668 Eigenbetrieben sowie der Gehälter von Geschäftsführern und leitenden Angestellten),
- 669 • die Umsetzung des Antrags der Fraktion DIE LINKE zur Live-Stream-Übertragung der Stadt-
670 ratssitzungen,
- 671 • den Ausbau des E-Governments, Online-Terminvergabe für alle Verwaltungsbereiche
- 672 • die Umsetzung des Antrags der Fraktion DIE LINKE für kostenlosen Internetzugang im öf-
673 fentlichen Raum,
- 674 • die Einführung eines funktionsfähigen Bürgerhaushaltes und eines öffentlich nachvollziehba-
675 ren Haushaltsrechners,
- 676 • die Budgetverwaltung für Stadtbezirksbeiräte für Stadtteilprojekte.

677 **4.2 Weltoffen und tolerant**

678 Leipzig hat seit Jahrhunderten einen Ruf als tolerante und weltoffene Stadt, der allerdings stets aufs
679 Neue erworben werden muss. Fast ein Zehntel der Leipzigerinnen und Leipziger haben einen Migra-
680 tionshintergrund, das ist deutlich mehr als in Dresden und Chemnitz, aber weitaus weniger als in
681 vergleichbaren westdeutschen Großstädten. DIE LINKE versteht sich als konsequent weltoffene und
682 tolerante Partei. Rassistische und menschenverachtende Positionen dürfen keinen Raum in unserer
683 Stadt gewinnen. Wir setzen dabei sowohl auf präventive Konzepte, die sich an Toleranz, interkultu-
684 rellem Austausch und Demokratiefähigkeit orientieren, als auch auf offensiven Protest und direkte
685 argumentative Auseinandersetzung mit Auffassungen von Nationalismus, Antisemitismus, Antiisla-
686 mismus, Homophobie und Diskriminierung.

687 Deshalb setzen wir uns ein für

- 688 • wirksame Maßnahmen zur Integration, zu deren Umsetzung Migrantinnen und Migranten
- 689 selbst einen Beitrag leisten und ihre kulturellen Wurzeln bewahren können,
- 690 • einen höheren Anteil von Migrantinnen und Migranten in verantwortlichen Positionen der
- 691 Stadtverwaltung,
- 692 • die Stärkung des Migrantenbeirates durch direkte Wahl seiner Mitglieder,
- 693 • die dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in allen Stadttei-
- 694 len,
- 695 • die Unterstützung durch Fremdsprachenkundige im Gesundheitswesen, in Behörden, Äm-
- 696 tern und Bildungseinrichtungen,
- 697 • die konsequente öffentliche Positionierung der Stadt gegen jegliche Diskriminierung von
- 698 Menschen und die Solidarisierung mit Opfern politisch motivierter Gewalt,
- 699 • die Ausschöpfung sämtlicher rechtlicher Mittel zur Verhinderung von Neonazi-
- 700 demonstrationen sowie den Aufruf zu zivilgesellschaftlichem Protest,
- 701 • den Ausbau und die öffentliche Förderung von Beratungsstellen für Opfer von Diskriminie-
- 702 rung und Gewalt,
- 703 • die Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen zur Qualifizierung im Umgang mit dis-
- 704 kriminierenden und ausgrenzenden Denkmustern,
- 705 • Förderung von generationsübergreifender Geschichtsarbeit, bei denen die Aufarbeitung des
- 706 Faschismus im Mittelpunkt steht,
- 707 • einen konsequenten Abschiebestopp für Roma.

708 **4.3 Die Kulturmetropole**

709 Das kulturelle Angebotsspektrum Leipzigs befindet sich auf hohem Niveau. In diesem Bereich ist
710 die überregionale und internationale Strahlkraft unserer Stadt aktuell gewiss am größten. Um diese
711 Vielfalt aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln, kommt der Förderung der Freien Szene be-
712 sondere Bedeutung zu. Gleichzeitig gilt es, die Zukunft der großen Eigenbetriebe (Gewandhaus,
713 Musikschule, Oper, Schauspiel und Theater der Jungen Welt) sowie der Städtischen Museen zu si-
714 chern. Kulturelle Bildungseinrichtungen wie die Städtischen Bibliotheken und die Volkshochschule
715 übernehmen angesichts der sich verfestigenden sozialen Kluft der Stadtgesellschaft wachsende
716 Integrationsaufgaben. Das gilt gleichfalls für die soziokulturellen Angebote, die gesellschaftliche
717 Teilhabe für Bürgerinnen und Bürger aller Generationen ermöglichen.

718 Deshalb setzen wir uns ein für

- 719 • die dauerhafte Sicherung, konzeptionelle und bauliche Neuausrichtung des Naturkundemu-
- 720 seums,
- 721 • den Erhalt und die bauliche Ertüchtigung der Musikalischen Komödie,
- 722 • die Errichtung eines Theaterhauses für die Freie Szene im Bereich darstellende Kunst (in
- 723 Kooperation von Lofft, Leipziger Tanztheater, Schaubühne Lindenfels und Lindenfels West-
- 724 flügel),
- 725 • eine strikte Umsetzung der beschlossenen Förderung für die Freie Szene sowie einer zu-
- 726 künftig an den Tarifabschlüssen des öffentlichen Dienstes orientierten Dynamisierung,
- 727 • eine Übernahme der Tarifsteigerungen aller städtischen Kultureinrichtungen durch den städ-
- 728 tischen Haushalt,
- 729 • die finanzielle Sicherung der Festivals der Stadt mit überregionaler Ausstrahlung (Bachfest,
- 730 Dokfilmwoche, euro-scene, Lachmesse),
- 731 • die Sicherung aller existierenden Stadtteilbibliotheken und konstruktive Fortführung der Bi-
- 732 bliotheksentwicklungskonzeption,

- 733 • die angemessene Ehrung des in Leipzig geborenen Komponisten Hanns Eisler,
- 734 • die perspektivische Anhebung von Honoraren der Lehrkräfte der Volkshochschule und Mu-
- 735 sikschule „Johann Sebastian Bach“ sowie Schaffung von Möglichkeiten zur Festanstellung,
- 736 • den Schutz von öffentlichen Freiräumen zur Ansiedlung kreativer Projekte,
- 737 • die stärkere Berücksichtigung lokaler Kreativer bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
- 738 • eine Senkung der Eintrittspreise im Leipziger Zoo für Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem
- 739 Einkommen,
- 740 • eine vertiefte Kooperation im Kulturbereich mit der Stadt Halle sowie mit den Leipziger
- 741 Partnerstädten.

742 **4.4 Die Sporthochburg**

743 Leipzig war und ist eine über Jahrzehnte national und international anerkannte Sportstadt. Fünf
 744 Medaillen bei den Olympischen Spielen 2012 waren ein gutes Ergebnis. Zudem sind derzeit ca.
 745 85.000 Leipzigerinnen und Leipziger in einem Sportverein organisiert. Für ein weiteres Wachsen
 746 müssen jedoch entsprechende Voraussetzungen und Infrastruktur geschaffen werden. Durch den
 747 rasanten Mitgliederzuwachs, wird es auch in den nächsten Jahren eine ansteigende Nachfrage nach
 748 Hallen- bzw. Sportplatzzeiten geben. Hierauf ist DIE LINKE vorbereitet. In den Vereinen sind Tau-
 749 sende Leipzigerinnen und Leipziger im Ehrenamt tätig, dessen Rahmenbedingungen durch die
 750 Kommune verbessert werden muss.

751 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 752 • die konstruktive Fortschreibung des Sportentwicklungskonzeptes und der
- 753 Sportstättenentwicklungskonzeption,
- 754 • die Sanierung maroder Sportstätten und zielgenauen Neubau: Konkret heißt das jährlich
- 755 mindestens die Sanierung bzw. Neubau von zwei Sportanlagen (Sporthalle oder Sportplatz-
- 756 anlage),
- 757 • für ein Leichtathletikstadion im Sportforum,
- 758 • die kontinuierliche Sanierung der Schulsportanlagen, um insbesondere die Schließung von
- 759 Sporthallen zu vermeiden,
- 760 • die kontinuierliche Anhebung der Mittel für Sportförderung, insbesondere des Kinder- und
- 761 Jugendbreitensports sowie des Nachwuchsleistungssports,
- 762 • städtische Bewerbungen für publikumswirksame internationale Meisterschaften
- 763 • die Sicherung von Rahmenbedingungen für die dauerhafte Etablierung von attraktiven
- 764 Mannschaftssportarten im hochklassigen Spielbetrieb,
- 765 • die Fortführung von Maßnahmen gegen Rassismus, Homophobie, Ausländerfeindlichkeit und
- 766 Gewalt in den Sportvereinen, insbesondere im Fußballfanmilieu,
- 767 • die Sicherung des Sportmuseums an einem festen Standort.

768 **4.5 Attraktive Hochschul- und Wissenschaftsstandort**

769 Als Hochschulstandort hat Leipzig eine jahrhundertealte Tradition. Neben den acht akademischen
 770 Bildungseinrichtungen haben sich in den vergangenen Jahren immer mehr öffentliche Forschungs-
 771 einrichtungen in unserer Stadt angesiedelt. In Zukunft kommt es wesentlich darauf an, die Balance
 772 zwischen exzellenten Forschungsschwerpunkten und der breiten Vielfalt an Bildungsangeboten in
 773 Lehre und Forschung zu finden. Die Stadt kann dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für die
 774 weit über 50.000 Lehrenden und Studierenden zu verbessern. Dazu gehören beispielsweise die
 775 Bereitstellung von ausreichend Plätzen in Kindertagesstätten, der Ausbau von Radwegen sowie die
 776 Gewährleistung von günstigen Mieten. Eine gesicherte Finanzierung des Studentenwerkes seitens

777 des Freistaates Sachsen ist hierfür notwendige Bedingung, um dessen Leistungen wie Kinder-
778 tagesstätten, Sozialberatungen und Mensen zu erhalten und dem Bedarf entsprechend zu erwei-
779 tern. Wünschenswert ist, dass möglichst viele Studierende nach ihrem Abschluss in Leipzig bleiben
780 und hier ihren Lebensmittelpunkt finden.

781 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 782 • die stärkere Nutzung des Wissenschaftspotentials für die Stadtentwicklung und
783 -politik,
- 784 • die Unterstützung internationaler Forschungs- und Lehrkontakte sowie die Integration aus-
785 ländischer Studierender und Lehrender,
- 786 • die Öffnung der Hochschulen als ergänzende Bildungseinrichtungen für alle Leipzigerinnen
787 und Leipziger,
- 788 • den Erhalt von öffentlichen Freiräumen für die Ansiedlung von kreativen und innovativen
789 Projekten in allen Stadtteilen,
- 790 • die Einrichtung von mehreren Standorten für legale Open-Air-Partys und Grillplätze.

791 * * *

792 Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,

793 vor fast 1.000 Jahren wurde Leipzig das erste Mal urkundlich erwähnt. Dieses Jubiläum, das wir
794 2015 begehen, zeugt von einer langen und wechselvollen Geschichte, an die es anzuknüpfen gilt.
795 DIE LINKE ist dabei all jenen verlässlicher Partner, die Geschichte als einen lebendigen Prozess der
796 Aneignung der Vergangenheit für die Gestaltung der Zukunft begreifen. Das gilt gerade auch für den
797 bewegten Herbst 1989, der nun knapp 25 Jahre zurückliegt. Bei allen kritischen Einwänden zu den
798 ambivalenten Folgen des Systemwechsels bleibt als grundlegende Erfahrung: DIE LINKE hält auch
799 in der Gegenwart den aufrechten Gang für notwendig und setzt auf die Umsetzbarkeit gesellschaft-
800 licher Alternativen jenseits des Kapitalismus.

801 Dieses Wahlprogramm versteht sich auch als Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen
802 Stadtrat. Es ist inhaltlich anspruchsvoll und zugleich realistisch. Es zeigt klare und ausgewogene
803 Perspektiven für Leipzig in den nächsten fünf Jahren. Wir würden uns allerdings sehr freuen, wenn
804 wir mit Ihnen nicht nur über das Wahlprogramm, sondern auch das vorliegende Zukunftspapier für
805 Leipzig „In dieser Stadt wollen wir leben“ im Wahlkampf ins Gespräch zu kommen. Gern würden wir
806 den Dialog über unsere programmatischen Vorstellungen mit Ihnen auch nach dem Wahlsonntag
807 fortzusetzen.

808 Voraussetzung für die Umsetzung dieses Wahlprogramms ist eine starke LINKE im Stadtrat. Wir
809 bitten Sie daher am 25. Mai 2014 um Ihre Stimme als ein Votum für ein soziales, demokratisches
810 und nachhaltiges Leipzig.